



ANGELA MERKEL:

Neue **Gesprächsfäden** in die Gesellschaft hinein knüpfen

Deutschland steht vor schwierigen Aufgaben. Deshalb braucht Deutschland eine starke Union.

Das ist die Auffassung der Mitglieder des Parteipräsidiums, die am 7. Oktober die Analyse der Bundestagswahl beraten haben.

„Eine in die Zukunft gewandte Diskussion“ habe stattgefunden, erklärte auf der anschließenden Pressekonferenz die Parteivorsitz-

ende: die „dringend notwendige Debatte über den Weg zur Mehrheitsfähigkeit“.

Angela Merkel: „Wir beklagen nicht, dass uns die Wählerinnen und Wähler etwa nicht verstanden haben. Wir werden auch nicht einem vermeintlichen Zeitgeist hinterher jagen. Wir wollen den Geist der Zeit mit prägen und neue Fäden des Gesprächs in die Gesellschaft hinein knüpfen.“ *Fortsetzung Seite 2*

DOKUMENTATION

UID

Nummer 32
10. Oktober 2002
www.cdu.de

DOKUMENTATION

Die Union hat mit 3,4 Prozentpunkten die **größten** Stimmzuwächse zu verzeichnen

Analyse der Bundestagswahl am 22. September

Aut.
Politikwissenschaft
der Konrad-Adenauer-
Stiftung
Nr. 91/0002

<http://>

Die vollständige
Wahlanalyse finden
Sie unter:
www.kas.de

Angela Merkel: Unsere Stärken stärken

Fortsetzung von Seite 1

In den Beratungen der Wahlanalyse habe sich bestätigt, was auch im Wahlkampf deutlich geworden war: Die Union hat die Herzen und Köpfe erreicht. „Wir können auf diesem Ergebnis weiter aufbauen“, erklärte die Parteivorsitzende: „und unsere Stärken stärken.“

Dazu gehöre, die ganze Breite des Programms der Partei zu vertreten und darauf zu achten, „wie wir davon sprechen“ – insbesondere um den Menschen Angst und Sorgen zu nehmen, wenn sie das Gefühl haben, sie würden mit dem Tempo von Globalisierung und Reformpolitik nicht mitkommen.

Die drei Hauptmotive unserer Politik

„Was ist christdemokratisch?“ – auf diese Frage müsse die Union antworten und aus dem Konzept der neuen Sozialen Marktwirtschaft heraus die „drei

Hauptmotive unserer Politik“ entwickeln: ■ das Konservative ■ das Liberale und ■ das Christlich-Soziale.

Die Menschen wollen Sicherheit, die auch Geborgenheit bedeutet

Angela Merkel: „In einer Zeit, in der sich die Lebensumstände so schnell verändern wie heute, wollen die Menschen Sicherheit – eine, die auch Geborgenheit bedeutet.“

Das Ergebnis der Diskussion im Präsidium, die nach Meinung der Parteivorsitzenden auch im Fall eines Wahlerfolgs hätte geführt werden müssen:

■ Die CDU bildet einen Arbeitskreis Städte. Er soll unter der Leitung von Jürgen Rüttgers Bedingungen formulieren, unter denen die Erfolge erzielt werden können, die am 22. September ausgeblieben sind.

■ Die CDU wird sich mit den heute bereits erkennbaren Fehlern der rot-grü-

nen Bundesregierung auseinandersetzen und gegen deren abenteuerliche Steuererhöhungspläne – vor allem den Angriff auf das Ehegatten-Splitting – Widerstand leisten.

■ Voraussichtlich am 18. Oktober werden CDU und CSU zu einer gemeinsamen Präsidiumssitzung zusammenkommen und ihre Stellungnahme zu den Koalitionsvereinbarungen vorbereiten, die SPD und Grüne an diesem Tag veröffentlichen wollen.

ZITAT DER WOCHE

„Die Wahrheit vor der Wahl – das hätten Sie wohl gerne gehabt!“

Der niedersächsische Ministerpräsident Sigmar Gabriel auf einer Pressekonferenz am 30. September zu den rot-grünen Steuererhöhungsplänen (Quelle: *Rheinische Post* vom 1. Oktober)

IMPRESSUM



UNION IN DEUTSCHLAND – Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Ernst-Jörg Neuper, Klingelhöferstr. 8, 10785 Berlin, Telefon (030) 22070-370, e-mail: ernst.neuper@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. (02226) 802-0, Telefax (02226) 802-111/333, Vertrieb: Tel. (02226) 802-123, e-mail: oliver.nurmann@ubg-medienzentrum.de, Verlagsleitung: Bernd Profitlich, Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50), Abonnementpreis jährlich 32,00 € Einzelpreis 1,00 €. Abbestellung schriftlich oder per e-mail nur unter Einhaltung einer Frist von 3 Monaten zum Quartalsende. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

GENERALSEKRETÄR LAURENZ MEYER:

Clements Berufung ist eher eine **Bedrohung** als eine Verheißung

Die aktuellen Arbeitslosenzahlen sind die Bilanz von vier Jahren verfehlter rot-grüner Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik. Die Herbstbelegung am Arbeitsmarkt ist ausgeblieben.

Im Vergleich zum Vorjahr waren im September dieses Jahres fast 200.000 Menschen mehr arbeitslos. Im Winter erwarten die Experten einen weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit. Wir stehen vor einem harten Winter, wenn die Regierung nicht sofort handelt.

Statt die Weichen für mehr Wachstum und Beschäftigung zu stellen, streitet sich Rot-Grün über Steuererhöhungen. Angesichts der desolaten Situation auf dem Arbeitsmarkt schadet die Regierung Schröder dem Standort Deutschland weiter.

Mit durchsichtigen Versuchen schiebt die SPD die Verantwortung für mögliche Steuererhöhungen auf die Länder ab. Der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Clement, der jetzt für Wirtschaft und Arbeit zuständig sein soll, fordert gleichzeitig als Regie-



rungschef Steuererhöhungen. Vor diesem Hintergrund und seiner schlechten Bilanz in NRW muss Clements Berufung als Superminister eher als Bedrohung als Verheißung erscheinen. Clements Bilanz in NRW

ist miserabel. Im Vergleich aller Bundesländer trägt Nordrhein-Westfalen beim Wirtschaftswachstum die rote Laterne. In keinem westlichen Bundesland ist die Arbeitslosenquote mit 9,3 Prozent so hoch wie in Nordrhein-Westfalen. Clement flüchtet vor seiner verheerenden Bilanz und seiner Verstrickung in Filz und Skandale in NRW. Allerdings hat er ein Ziel erreicht. Er hat mit seinem Weggang den von ihm nicht gewollten Nachfolger Schartau verhindert.

PETER RAUEN:

Wahlankündigung **schon wieder** relativiert

Aus den Koalitionsverhandlungen von SPD und Grünen sind bisher keine sachlichen Ideen bekannt geworden, wie der Misere auf dem Arbeitsmarkt begegnet werden könnte.

Nachdem der Bundeskanzler im Wahlkampf noch versprochen hatte,

das Hartz-Konzept werde „1:1“ umgesetzt, wird diese Ankündigung unter dem Druck der Gewerkschaften schon wieder relativiert.

Wie immer, wenn die Regierung in der Sache nicht weiterkommt, lenkt der Bundeskanzler mit Personalien ab.

Auftragseingänge August – noch kein Hoffnungsschimmer

Zu den jetzt bekannt gewordenen Zahlen über die Auftragseingänge der Deutschen Wirtschaft im August erklärte der haushaltspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Nach den vorläufigen Angaben des Statistischen Bundesamtes sind die Auftragseingänge in der Industrie von Juli auf August 2002 preis- und saisonbereinigt um 1,7 % angestiegen. Dabei nahmen die Inlandsaufträge um 1,1 %, die Auslandsaufträge um 2,6 % zu. Auffällig ist dabei das hohe Plus von 20,1 % in den neuen Ländern, das zu Hoffnungen Anlass geben könnte.

Gegenüber den freundlichen Monatszahlen zeigt der Vergleich zum August des Vorjahres ein – aufgrund statistischer Basiseffekte allerdings überzeichnetes – Minus von 2,2 %. Der Realität der deutschen Wirtschaft am nächsten kommt der Vergleich der 2-Monatsdurchschnitte (Juli und August 2002 zu Juli und August 2001), der für Deutschland insgesamt ein reales Plus von nur 0,7 % ausweist. Dieses



geringfügige Plus ergibt sich aus einem deutlichen Anstieg der Auslandsbestellungen um 4,9 % und einem die Rezession der Binnenwirtschaft deutlich markierenden Minus bei den Inlandsbestellungen von 2,6 %.

Binnenwirtschaft fußkrank

Diese Zahlen belegen vor allem, dass die deutsche Wirtschaft – entgegen den ständigen falschen Behauptungen der Bundesregierung – ohne den Export dramatisch eingebrochen wäre. Die deutsche Wirtschaft leidet nicht etwa unter einer Nachfrageschwäche des Auslands, vielmehr ist die Binnenwirtschaft fußkrank. Das Wirtschaftswachstum ist im 1. Halbjahr 2002 we-

gen der binnenwirtschaftlichen Schwäche mit -0,4 % eingebrochen; jetzt fehlt das Vertrauen in den Aufschwung, der seit Jahren immer wieder angekündigt, aber nie Tatsache wurde.

Es wird Zeit, dass die rot-grüne Bundesregierung endlich zur Kenntnis nimmt, dass die deutsche Wirtschaft und auch die öffentlichen Haushalte in Deutschland am Tropf des Exports hängen. Es wird Zeit, dass Schröder und Co. endlich ihre Hausaufgaben machen. Die in nahezu allen Bereichen der deutschen Gesellschaft anstehenden Strukturreformen dulden keinen Aufschub.

Die von roten und grünen Politikern geführte Steuererhöhungsdiskussion lenkt absichtsvoll von den anstehenden Themen ab, verschwendet Zeit und hat schlimmstenfalls zum Ergebnis, dass Rot-Grün – wie in den letzten vier Jahren – den Weg des geringsten Widerstands geht, die Steuern erhöht, sich so vorübergehend „Luft“ verschafft – und die Strukturreformen auf den Sanktnimmerleinstag verschiebt.

MARIA EICHHORN:

Geplante Kürzung beim Ehegattensplitting **verletzt Grundgesetz**

Anlässlich der Koalitionsverhandlungen von Rot-Grün zum Thema Familie erklärte die Vorsitzende der Arbeitsgruppe Familie, Senioren, Frauen und Jugend der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Artikel 6 Grundgesetz stellt „Ehe und Familie“ unter den besonderen Schutz des Staates. Nunmehr wird diese Basis von Rot-Grün verlassen. Durch die geplanten Kürzungen beim steuerlichen Ehegattensplitting werden Ehe und Familie angegriffen und diskriminiert. Das Ehegattensplitting schafft die Möglichkeit, die Ehepartner als Lebens- und Wirtschaftsgemeinschaft zu besteuern. So wird ihnen die Wahlfreiheit gegeben, die Aufteilung von Familien- und Erwerbsarbeit ihren Wünschen entsprechend zu gestalten.

Die Pläne der Bundesregierung betreffen nicht nur kinderlose Doppelverdiener, sondern in über 90% der Fälle Familien mit Kindern. Rot-Grün bestraft daher mit diesem Vorhaben gerade jene Familien, in denen ein Elternteil wegen der Kinder-



erziehung die Erwerbstätigkeit einschränkt oder darauf verzichtet. Gleichzeitig wäre dies ein Schlag ins Gesicht für Arbeitnehmerfamilien, da sie im Gegensatz zu Selbstständigen und Besserverdienenden nicht die Möglichkeit haben, Ein-

kommensteile auf den nicht oder gering verdienenden Partner umzuverteilen.

Mit dem Angriff auf das Ehegattensplitting steht die SPD im Widerspruch zum Bundesverfassungsgericht, das erst am 5. Februar 2002 klargestellt hat, dass Kindererziehung, Hausarbeit und Erwerbstätigkeit gleichberechtigt nebeneinander stehen. Der sogenannten Toleranz gegenüber anderen Lebensformen in der letzten Legislatur folgt nun der Anschlag auf die bewährten Lebensformen und deren grundgesetzlichen Schutz.

MARIA BÖHMER:

Familien **zahlen** für Familien

Wenn die Grünen für alle Ehepaare mit einem Jahreseinkommen von über 45 000 Euro das Ehegattensplitting streichen, um damit für angeblich 1,5 Milliarden Euro Krippen- und Ganztagsbetreuungsplätze zu schaffen, ist das ein Beispiel für eine absurde Umverteilung. Das Geld wird Familien – und zwar zum größten Teil Familien mit Kindern – weggenommen, um es anschließend wieder für Kinder auszugeben. Familien zahlen also für Familien. Ausgaben für Bildung und Ausbildung der Kinder, für Krippenplätze und Ganztagschulen sind von der gesamten Gesellschaft zu finanzieren. Denn: Ausbildung junger Menschen ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, zu der jeder, ob er Kinder hat oder nicht, seinen Teil beitragen muss.

Mit der Tabaksteuer hat sich Eichel eine **heimliche** „Sparkasse“ angelegt

Die Tabaksteuer soll wieder erhöht werden. Immer wenn es für den Staat eng wird, müssen Raucher, Trinker und Autofahrer mit Steuererhöhungen rechnen. So auch jetzt. Nach dem Rasen für die Rente, Rauchen für die Sicherheit kommt jetzt ein Nachschlag, und demnächst wird es dann heißen: „Trinken für die Gesundheit“, wenn die entsprechenden Steuern angehoben werden.

Im Zuge der Bekämpfung des internationalen Terrorismus sollten zur Aufbringung von 1,5 Mrd. Euro laut Bundesfinanzbericht 2002 die Versicherungssteuer um 1 Prozentpunkt und die Tabaksteuer zum 1.1.2002 und zum 1.1.2003 um je einen Cent pro Zigarette erhöht werden. Das sollte bei der Tabaksteuer 2002 bis 2005 1,0/1,1/1,52/1,57 Mrd. Euro Steuermehreinnahmen bringen. Man ging nicht von einer proportionalen Erhöhung des Aufkommen zur Steigerung der Steuersätze aus, weil erfahrungsgemäß nach jeder Erhöhung der Konsum zunächst zurück-



geht und sich dann langsam wiedererholt. Das Finanzministerium ging davon aus, daß der Konsum durch die Steuererhöhung nicht auf das alte Niveau zurückkehrt und hat deshalb das zu erwartende Aufkommen niedriger angesetzt.

Bereits im ersten Halbjahr 2002 liegt das Tabaksteueraufkommen mit 5,149 Mrd. Euro um 12,5 % über dem von 2001 mit 4,577 Mrd. Euro. Die Steigerung

liegt um ein Drittel höher, als mit der Schätzung bei dem Gesetzgebungsverfahren von 8 % erwartet. Damit wird das Ziel deutlich überschritten. Dies gilt insbesondere, wenn man berücksichtigt, daß der Absatzeinbruch nach einer Steuererhöhung in der ersten Phase – also im ersten Halbjahr 2002 – liegt und schon in diesem Zeitrahmen erheblich mehr abgeschöpft wird als geplant. Damit hat sich Bundesfinanzminister Eichel von vornherein eine heimliche „Sparkasse“ angelegt. Der Erholungseffekt bei der Nachfrage wurde zu niedrig angesetzt. Im Gesetzgebungsverfahren war schon auf diese Effekt hingewiesen worden, der sich nun bewahrheitet.

GERALD WEISS ist erneut zum Vorsitzenden der Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gewählt worden. Erster stellvertretender Vorsitzender ist der CSU-Abgeordnete **Matthäus Strebl**. Die Wahl beider erfolgte einstimmig. ■ In der Arbeitnehmergruppe sind die Abgeordneten zusammen geschlossen, die der CDA bzw. der bayerischen CSA angehören oder diesen Vereinigungen nahe stehen. ■ Die Arbeitnehmergruppe fühlt sich in ihrer politischen Arbeit besonders der christlichen Soziallehre verpflichtet.

ERWIN MARSCHEWSKI:

Verfassungsklage gegen das rot-grüne Versorgungsänderungsgesetz

Zur Ankündigung des Bundes der Ruhestandsbeamten, Rentner und Hinterbliebenen (BRH), Verfassungsklage gegen das rot-grüne Versorgungsänderungsgesetz 2001 zu erheben, erklärte der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Eine Verfassungsklage gegen das von den Sozialdemokraten und den Grünen durchgepeitschte Versorgungsänderungsgesetz 2001 war absehbar. Nicht nur die CDU/CSU-Bundestagsfraktion, sondern auch so renommierte Experten wie die Professoren Pechstein und Battis haben die rot-grünen Pensionskürzungspläne von Beginn an als nicht verfassungsfest eingestuft. Doch



die Koalition hat alle Warnungen ignoriert.

Unklar ist nun, ob die Anfang 2003 in Kraft tretenden Bestimmungen des Versorgungsänderungsgesetzes 2001 Bestand haben werden. Aus verfassungsrechtlicher Sicht ist an dem rot-grünen Gesetz insbesondere zu kritisieren, dass

- bei Beamten, die heute bereits im Ruhestand sind, bestandskräftig zuerkannte Ruhestandsbezüge faktisch

gesenkt werden und damit eklatant gegen Prinzipien wie Vertrauensschutz und Rückwirkungsverbot verstoßen wird;

- die faktische Kürzung des bereits verdienten Ruhegehalts von den heutigen Pensionären nicht mehr kompensiert werden kann, weil sie von der staatlichen Förderung einer privaten Zusatzvorsorge ausgeschlossen wurden;

- mehr Ruhegehaltsempfänger als bisher auf die Mindestversorgung zurückgeworfen werden, was insbesondere Angehörige des einfachen und mittleren Dienstes oder auch Soldaten und Polizisten betrifft;

- zusätzlich die Hinterbliebenenversorgung reduziert wird.

Berufung Clements: Doppelte Ohrfeige für den DGB

Zur Berufung von Wolfgang Clement in das Bundeskabinett erklärte der Bundesvorsitzende der CDA, Hermann-Josef Arentz: ■ Die Amtsenthebung von Riester ist ein Schlag ins Gesicht des DGB. Dieses „Dankeschön“ hatte sich die IG Metall anders vorgestellt. ■ Die Auflösung des eigenständigen Arbeitsministeriums

durch einen SPD-Kanzler ist ein bemerkenswerter Vorgang. Während die Union im Wahlkampf heftig für das Vorhaben kritisiert wurde, Wirtschaft und Arbeit in einem Ressort zusammenzufassen, tut Schröder jetzt genau dasselbe. Das ist die zweite Ohrfeige für den DGB, auf dessen Reaktion man gespannt sein darf.

GERALD WEISS:

Unser **Glückwunsch** an alle neu gewählten Betriebsräte

Zu dem vom Deutschen Gewerkschaftsbund vorgestellten „Trendreport Betriebsratswahlen 2002“ erklärte der Vorsitzende der Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Einen Glückwunsch an alle neu gewählten Betriebsräte! Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer brauchen eine starke Interessenvertretung im Betrieb. Mitbestimmung und Sozialpartnerschaft sind unverzichtbare Elemente der Sozialen Marktwirtschaft. Deshalb haben CDU und CSU mit dem Betriebsverfassungsgesetz 1952 auch die gesetzlichen Grundlagen für die betriebliche Mitbestimmung in der Bundesrepublik gelegt.

Rot-grüne Reform kein Zuwachs an Demokratie

Den Ausgang der Betriebsratswahlen 2002 als Erfolg der rot-grünen Reform des Betriebsverfassungsgesetzes zu zelebrieren, ist indes nicht angebracht. So ist der enorme Zuwachs der Zahl der Betriebsratsmitglie-



der innerster Linie auf die Vergrößerung der Gremien zurückzuführen. Dagegen stagniert der Anteil der Unternehmen, die überhaupt einen Betriebsrat haben, bei 12 Prozent. Ob der Anteil der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die durch einen Betriebsrat vertreten werden, nennenswert größer geworden ist, ist nicht ersichtlich. Dabei wäre gerade das eine interessante Information. Dagegen bringt eine Vergrößerung von Gremien weder eine Stärkung der Interessenvertretung noch einen Zuwachs an Demokratie mit sich.

Der sinkende gewerkschaftliche Organisationsgrad der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer insgesamt findet nun auch seinen Niederschlag in einem gering werdenden Einfluss der Ge-

werkschaften in den Betriebsräten. Wenn in den neu gegründeten Betriebsräten knapp 40 Prozent der Mitglieder nicht gewerkschaftlich organisiert sind, so sollte das den DGB-Gewerkschaften zu denken geben.

Unmut über die parteipolitische Einseitigkeit des DGB

Vermutlich ist eine Ursache dieser Entwicklung auch der wachsende Unmut vieler Beschäftigter über die parteipolitische Einseitigkeit der DGB-Gewerkschaften. Wenn der DGB bei den sozialpolitischen Grausamkeiten von Rot-Grün Schmiere steht und trotz des offenkundigen Scheiterns von Schröders Arbeitsmarktpolitik für die SPD trommelt, ist das für viele nicht mehr nachvollziehbar.

Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wollen eine starke Interessenvertretung und kompetente Ansprechpartner. Sie wollen aber keine Parteipolitik und Ideologie in Gewerkschaften und Betrieben!

DIE GRÖSSTE Last an Steuern und Sozialabgaben haben nach einer Erhebung des Bundes der Steuerzahler Arbeitnehmer mit mittlerem Verdienst zu tragen. Diejenigen, die zwischen 30.000 und 54.000 Euro brutto im Jahr verdienen, müssen zwischen 60 und 66 Euro von 100 Euro Gehaltserhöhung an die Steuer- und Sozialkasse zahlen, Spitzenverdiener nur 55.

136 GESETZE und Verordnungen aus allen Ressorts sollen nach einem Kabinettsbeschluss der hessischen Landesregierung aufgehoben werden. Zu mehr Rechtsklarheit und Bürgerfreundlichkeit gehören nach den Worten von Justizminister Christean Wagner nicht nur sinnvolle Regelungen, sondern ständig auch Überprüfungen, welche Vorschriften überhaupt noch erforderlich sind. Als hilfreich erweise sich in dem Zusammenhang die in Hessen generell eingeführte Befristung von Gesetzen, Rechtsverordnungen und Verwaltungsvorschriften auf fünf Jahre.

DRASTISCH zugenommen hat nach der Antwort auf eine parlamentarische Anfrage der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im vergangenen Jahr die sog.

doppelte Staatsbürgerschaft. Bei 178.098 Eingebürgerten wurde die Mehrstaatigkeit 85.995mal akzeptiert. Das ist: bei 48,3 Prozent aller Fälle. 1999 waren es noch 13,8 Prozent.

NACH UNTEN korrigieren muss der Deutsche Industrie- und Handelskammertag aller Wahrscheinlichkeit nach seine Wachstumserwartungen für das laufende und für das nächste Jahr. DIHK-Chefvolkswirt Axel Nitschke: „Die 0,5 Prozent, die wir bisher angenommen haben, werden wir nicht halten können.“

ALS „ÜBLICH“ anfallende Entgeltabzüge“ bei der Berechnung des Arbeitslosengelds hat das Sozialgericht Dortmund die Kirchensteuer bewertet. Solange die überwiegende Mehrheit der Arbeitnehmer noch Kirchensteuer zahle – so die Entscheidung des Gerichts (AZ.: S 5 AL 246/01) –, seien auch die Kirchensteuerabzüge rechters, um die das Arbeitsamt die Unterstützungsleistung für eine arbeits- und konfessionslose Ingenieurin gekürzt hatte. Allerdings näherte sich die Zahl der nicht-kirchensteuerpflichtigen Arbeitnehmer immer mehr der Zahl derer an, die Kirchensteuern zahlen.

EINE FREIWILLIGE Verpflichtung zu mehr Lärmschutz wollen Hersteller und Betreiber von Windkraftanlagen in NRW eingehen. Sie reagieren damit auf die zunehmende Kritik von Anwohnern an motorähnlichem Brummen und störenden Einzeltönen. Gleichzeitig soll der Schattenwurf der Anlagen auf ein Minimum reduziert werden.

RASANT an Ansehen haben nach den Lebensmittel-skandalen der letzten Zeit die Ökoprodukte verloren. Nur noch 32 Prozent der Bundesbürger sind bereit, für Bio-Erzeugnisse mehr Geld auszugeben als für normale handelsübliche Produkte. Anfang 2001 waren es noch 56 Prozent, die für das Etikett „Bio“ höhere Preise akzeptierten.

AM FEILSCHEN oder an Rabattdiskussionen bei größeren Einkäufen hat in Deutschland noch nicht einmal jeder Dritte richtig Spaß. Wie eine Markt- und Media-studie des Burda-Verlags ermittelte, bevorzugen 60 Prozent aller Kunden feste Preise. Handeln und verhandeln wollen vor allem Vertreter der gehobenen Mittelschicht, die sich anders als die meisten ihrer „Einkaufsmacht“ bewusst sind. **UD**

Strafvollzug seit Amtsantritt der Regierung Koch konsequent und sicher

„Seit meinem Amtsantritt sind Beliebigkeit und Konzeptionslosigkeit durch eine konsequente Vollzugspolitik ersetzt worden. Wir haben die Sicherheit der Bevölkerung in den Mittelpunkt gestellt. Der Erfolg gibt uns Recht,“ erklärte der hessische Justizminister Christean Wagner.

Es sei tatsächlich nach Übernahme der Verantwortung durch die Regierung Koch im hessischen Justizvollzug „abwärts“ gegangen. So sei es abwärts gegangen mit der als Erblast übernommenen unerträglichen Überbelegung der hessischen Vollzugsanstalten. Nach jahrelanger Untätigkeit der Vorgängerregierung seien zielgerichtet neue Haftplätze geschaffen wor-



den. Es sei ebenso abwärts gegangen mit den Missbräuchen von Ausgang und Urlaub, bei denen Hessen im Ländervergleich unter der Verantwortung der Vorgängerregierung eine traurige Spitzenposition eingenommen hatte. Die Missbräuche konnten im Vergleich zu 1998 um teilweise 95 Prozent reduziert werden. Abwärts gegangen sei es auch mit dem Besitz verbotener Gegenstände durch die Ge-

fangenen, den unkontrollierten Drogenmissbrauch und die von der Vorgängerregierung geduldete Praxis des unkontrollierten Telefonierens.

Schließlich sei es auch abwärts gegangen mit der Zahl der Entweichungen aus dem Vollzug. In der letzten Legislaturperiode, der der jetzige SPD-Fraktionsvorsitzende Bökel als Innenminister angehörte, lag die Zahl der Entweichungen fast dreimal so hoch wie in dieser Legislaturperiode.

„Die Entweichungszahlen sind seit 1999 stark rückläufig. Im Jahre 2001 wurde mit acht Entweichungen eine so niedrige Zahl erreicht, wie es sie zuvor in Hessen nie gegeben hat,“ erklärte Wagner abschließend.

HAUPT- UND REALSCHÜLER in Hessen müssen ab nächstem Schuljahr Abschlussprüfungen ablegen. Hauptschüler werden dann Klausuren in Deutsch und Mathematik, Realschüler zusätzlich in Englisch schreiben. Kultusministerin Karin Wolff: „Die Prüfungen sollen die Chancen bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz verbessern.“

ERFOLGREICH ist Ende September der zweijährige Modellversuch im Land- und Amtsgerichtsbezirk Frankfurt mit dem Einsatz der elektronischen Fußfessel abgeschlossen worden. Eingesetzt bei Strafgefangenen, die unter Bewährung stehen, hat diese Fußfessel Verhaltensänderungen erzielt, die die Rückfälligkeit von Straftätern deutlich senkt.

HARTMUT KOSCHYK:

Erste Vorzeichen der Landtagswahl – SPD-Polemik gegen Spätaussiedler

Anlässlich der jüngsten Äußerungen des niedersächsischen Ministerpräsidenten Sigmar Gabriel über die angeblich hohe Kriminalität unter deutschen Spätaussiedlern erklärte der vertriebenenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Kaum ist die Bundestagswahl vorbei und die Landtagswahl in Niedersachsen im Februar 2003 in Sicht, setzt die SPD ihre polemische Kampagne gegen die deutschen Spätaussiedler fort, um sie für ihre Zwecke im Wahlkampf zu instrumentalisieren.

Wider besseres Wissen thematisiert der niedersächsische Ministerpräsident Sigmar Gabriel eine angeblich höhere Kriminalitätsrate von jungen Spätaussiedlern. Listig verweist er in diesem Zusammenhang auf Aussagen von Vollzugsbeamten in niedersächsischen Jugendgefängnissen, man könne „das Problem nur in den Griff bekommen, wenn der Zuzug von Aussiedlern gestoppt“ werde. Dadurch belegt der SPD-Po-



litiker, worum es seiner Partei wirklich geht, um eine Diffamierung der Aussiedler, um die dadurch entstehende Stimmung letztendlich dafür zu nutzen, vom grundgesetzlichen Auftrag zur Aufnahme der deutschen Spätaussiedler Abstand zu nehmen.

Die SPD-Vorwürfe sind schlicht falsch

Dabei ist der von der SPD immer wieder genannte Vorwurf gegenüber den Spätaussiedlern schlicht falsch und zurückzuweisen. Dies haben einschlägige Untersuchungen deutlich belegt. So hat das Kriminologische Forschungsinstitut Niedersachsen Kriminalitätsbelastungen in Bezug zu den Zuzugszahlen der Spät-

aussiedler gesetzt. Dabei wurde festgestellt, dass die Kriminalitätsentwicklung der Spätaussiedler der Entwicklung der Kriminalität anderer Zuwandergruppen und der einheimischen Bevölkerung in etwa entspricht.

Der aktuelle Bericht der Bundesregierung zur Sicherheitslage in der Bundesrepublik Deutschland führt aus, dass entgegen verbreiteter Wahrnehmung generell keine besonders erhöhte und qualitativ besonders „schwere Aussiedlerkriminalität“ im Vergleich zur altingesessenen Bevölkerung festzustellen ist.

In diesem Zusammenhang soll überhaupt nicht gelehnet werden, dass es besonders bei jungen Spätaussiedlern zu Schwierigkeiten gekommen ist, vor allem dort wo die Integration in Ausbildung und Beruf nicht funktioniert hat. Die Antwort auf diese Problematik lautet aber nicht mehr Ausgrenzung und mehr Polemik gegen die Spätaussiedler, sondern mehr Integration. Gerade auf diesem Feld hat die rot-grüne Bundesregierung kläglich versagt. **UID**



EHEGATTENSPLITTING

SPD und Grüne verfolgen ein anderes Familienkonzept

Die erste Katze ist aus dem Sack. Die rot-grünen Koalitionäre wollen die Vorteile begrenzen, die Eheleute aus der gemeinsamen Steueranverlängerung ziehen. Finanzwissenschaftler nennen das Ehegattensplitting. Es ist ein Ausfluß des Prinzips, das sich durch das ganze Steuerrecht zieht: Jeder hat sich nach seiner Leistungsfähigkeit an der Finanzierung der öffentlichen Aufgaben zu beteiligen. Das heißt, wer mehr verdient, soll mehr zahlen. Es heißt aber auch, Alleinstehende sind anders zu behandeln als Einkommenbezieher, die eine Familie ernähren müssen. Seit langen ist es den Sozialdemokraten und Grünen ein Dorn im Auge, dass gut verdienende Eheleute stärker vom Splitting profitieren als Kleinverdiener. Dabei ist auch dieses eine direkte Folge des anziehen-

den Steuertarifs. Wer keine Steuern zahlt, kann von Entlastungen nicht profitieren; wer wenig zahlt, kann nur wenig profitieren. Im Grundsatz sind sich die Unterhändler der rot-grünen Koalition schon einig: Sie wollen die Wirkung des Ehegattensplittings begrenzen. Einzelheiten nennen sie zwar noch nicht, aber auch schon so wird deutlich, dass SPD und Grüne ein anderes Familienmodell verfolgen.

Frankfurter Allgemeine

Rot-Grün will eine andere Gesellschaft

Über mehr öffentliche Betreuungsangebote für ihren Nachwuchs werden sich viele junge Eltern freuen. Das Ziel, mehr Plätze zu schaffen und damit auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern, ist sogar überfällig. Aber: Rot-Grün betreibt unter dem Mäntelchen der besseren Vereinbarkeit die Veränderung der Gesellschaft. Wenn der Staat die Steuervorteile für Familien verringert und das Geld zweck-

gebunden in Form öffentlicher Kinderbetreuung umverteilt, dann steht dahinter eine politische Absicht: In Zukunft soll es mehr Doppelverdiener-Ehen und Doppelverdiener-Partnerschaften geben, die ihre Kinder betreuen lassen. Aber genau diese persönliche Entscheidung sollte der Staat den Eltern selbst überlassen und für sie nur gerechte Rahmenbedingungen schaffen. Wer sich für eine traditionelle Rollenverteilung entscheiden will oder bereits entschieden hat, darf nicht plötzlich als Verlierer am Rand der Gesellschaft stehen. Rheinische Post

Jetzt schon zum Scheitern verurteilt

In der Theorie klingt alles einfach: Betreuungseinrichtungen sollen ausgebaut, das Geld dafür aus der Begrenzung des Ehegattensplittings kommen. Darauf haben sich SPD und Grüne während der Koalitionsverhandlungen geeinigt. Doch die Freude darüber, wieder eine neue Finanzquelle auf-

NEUWIRTSCHAFTSZEITUNG

Gründungsjahr 1926

getan zu haben, dürfte nicht lange währen. Der Vorteil, den Ehepaare aus dem Splitting ziehen, liegt schon jetzt nur noch mit Ach und Krach im Rahmen dessen, was das Bundesverfassungsgericht 1982 für die „Unterhaltungsgemeinschaft Ehe“ als Entlastung vorgeschrieben hat. Macht Rot-Grün dennoch ernst mit der Begrenzung des Splitting-Vorteils, dann würde das entsprechende Gesetz über kurz oder lang wieder die Verfassungsgerichte beschäftigen. Doch so weit wird es vermutlich gar nicht kommen. Denn im Bundesrat hat die Union die Mehrheit. Und die ist strikt gegen jede Änderung des Ehegattensplittings. Daher sollte sich Rot-Grün schon heute Alternativen überlegen. Die Welt

KONJUNKTUR

Stimmung abgrundtief pessimistisch

Das Schlimmste an der Steuererhöhungsdebatte ist die psychologische Wirkung.

Man kann sich streiten, welcher Teil des Debakels an den deutschen Börsen die Enttäuschung über Rot-Grün zu danken ist. Aber wenn die alt-neue Mannschaft in der jetzigen Situation als Erstes über höhere Belastungen für die Unternehmen diskutiert, dann braucht man sich über den Einbruch des Geschäftsklimas nicht zu wundern. Die deutsche Wirtschaft steht schon wieder am Rande einer Rezession, auch wenn die statistischen Voraussetzungen dafür im engeren Sinne noch nicht erfüllt sein mögen. Die Deutschen können froh sein, wenn das Land übers Jahr gerechnet, wie prognostiziert, 0,5 Prozent Wirtschaftswachstum erreicht. Die Arbeitslosen-zahl wird im Winter mit Sicherheit näher bei 4,5 als bei vier Millionen liegen. Die Meldungen über Massenentlassungen und Firmenzusammenbrüche häufen sich. Die Stimmung in den Firmen ist abgrundtief pessimistisch. Die Erwartungen an die Politik sind praktisch auf Null gesunken.

Süddeutsche Zeitung

IRAK

Entscheidung über Krieg und Frieden

In jeder politischen Krise kommt irgend wann der Punkt, an dem Entscheidungen getroffen werden müssen. Nachdem sich George W. Bush und das US-Repräsentantenhaus auf eine Kriegsresolution geeinigt haben, hat die Irak-Krise dieses Stadium erreicht. Die Hoffnung, ein skeptisches Parlament werde den Präsidenten schon zügeln, hat sich als Illusion erwiesen. Vorausgesetzt, der Senat folgt dem Repräsentantenhaus, hat Bush freie Bahn für einen Militärschlag gegen Bagdad. Das Risiko eines Waffengangs am Golf ist damit erheblich gestiegen. Noch ist der Krieg aber nicht unabwendbar. Um ihn zu verhindern, müssen allerdings drei weitere Staaten eine Entscheidung über Krieg und Frieden treffen: Frankreich, Russland – und vor allem der Irak selbst.

Financial Times

Der Ort heißt Trietzenfurt und liegt irgendwo im Brandenburgischen

Das Telefon klingelte. Schonberg hob ab. Walter Senkfuß war am Apparat. Mitglied der CDU-Fraktion, 55 Jahre alt, Rechtsanwalt, sehr engagiert, aber ein gefährlicher Langweiler.

„Geht die Parteitelefoniererei schon vor acht Uhr los?“ rief Klara ärgerlich aus dem Wohnzimmer herüber.

„Ja, ja“, rief Schonberg und dann zu Senkfuß: Was gibt's?“ „Bleibt es dabei, dass die Fraktion geschlossen für den Erhalt der Garagen des Kleingartenvereins am Kranichstein stimmt? Der Vereinsvorsitzende hat mich soeben angerufen.“

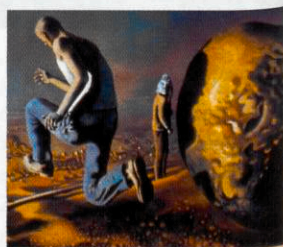
„Aber jadoch“, bestätigte Schonberg. „Herr Senkfuß, Sie haben im Bauausschuss dafür gestimmt, und der anwesende Rechtsanwalt hat es mitbekommen. Wo liegt das Problem?“

Soweit die Leseprobe aus dem Roman eines CDU-Fraktionsvorsitzenden in Potsdam: geborener Berliner, aufgewachsen in Bayern, bis 1993 Berufsoffizier.

Der Ort, an dem sich die Handlung zuträgt: Trietzenfurt. Liegt irgendwo im Brandenburgischen – und könnte sonstwo liegen.

„Trietzenfurt ist überall.“ Erfahrungen und Beobachtungen, die Eberhard Kapuste zu seinem Roman verarbeitet hat, sind selbstgemacht **und** beispielhaft. Titel? Schlicht und ergreifend: „Der Stadtverordnete“, von einem Stadtverordneten geschrieben – beileibe nicht nur für Stadtverordnete.

„Vergnüglich-ironisch“ preist der *verlag am park* seinen Leserinnen und Lesern die Lektüre an und vergisst dabei nicht, schon mit



Eberhard Kapuste

Der Stadtverordnete

verlag am park

der Abbildung gleich vorne auf dem Einband Kommunalpolitik auch als das unvergnügliche Schuftendargestellte, vor dem selbst „Sisyphos die Flucht“ (Titelbild) ergriffen hätte.

Eberhard Kapuste:
Der Stadtverordnete
verlag am park
ISBN 3-89793-077-3
12,90 Euro

„DER MISSBRAUCHTE ANTIFASCHISMUS“ - in ihrer Berliner Akademie hat die Konrad-Adenauer-Stiftung Anfang September dieses Buch mit dem Untertitel „DDR-Staatsdoktrin und Lebenslüge der deutschen Linken“ vorgestellt. Die Autoren - Dr. Manfred Agethen, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Konrad-Adenauer-Stiftung, Eckhard Jesse, Professor für Politikwissenschaft in Chemnitz, und Dr. Ehrhart Neubert, Leiter der Abteilung Bildung und Forschung bei der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes - zeigen die Instrumentalisierung des Antifaschismusbegriffs durch die kommunistische Ideologie. Wolfgang Schäuble hat das Geleitwort geschrieben.

In der Bundesgeschäftsstelle des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK) im Konrad-Adenauer Haus in Berlin ist die Stelle



der Bundesgeschäftsführerin/ des Bundesgeschäftsführers

zum 1. Dezember 2002 zu besetzen.

Aufgabenbeschreibung:

- Unterstützung der Arbeit und Beratung des Bundesvorstandes des EAK
- Konzeption, Vorbereitung und Durchführung von Tagungen, Vortragsreihen, Diskussionsforen und Sitzungen
- Kommunikation und Kontaktpflege mit der EKD, den Landeskirchen und kirchlichen Einrichtungen
- Vortragstätigkeit bei den Landes- und Kreisverbänden des EAK
- Presse- und Medienarbeit
- Planung, Redaktion und Herausgabe der Zeitschrift „Evangelische Verantwortung“

Voraussetzungen:

- Mitglied der Evangelischen Kirche
- Abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung, vorzugsweise evangelische Theologie i. V. m. geisteswissen-

schaftlichen, sozialwissenschaftlichen oder wirtschaftswissenschaftlichen Fächern

- Fähigkeit zur Analyse und schriftliche Darstellung allgemeinpolitischer, kirchenpolitischer und theologischer Themen
- Bereitschaft zur Teamarbeit bei Projekten und größeren Veranstaltungen
- Erfahrungen in der Parteiarbeit sowie Kenntnisse über Aufbau und Struktur der Christlich Demokratischen Union sind erwünscht
- hohe Belastbarkeit und Bereitschaft auch zu unregelmäßiger Arbeitszeit
- breite kommunikative Kompetenz
- angemessene PC-Kenntnisse

Der EAK hat sich die berufliche Förderung von Frauen zum Ziel gesetzt und ist deshalb besonders an Bewerbungen von Frauen interessiert.

Bewerbungen sind bis zum 31.10.02 an die EAK-Bundesgeschäftsstelle, Klingelhöfer Straße 8, 10785 Berlin, zu richten.

UM DAS MEGATHEMA FAMILIE geht es in der September-Ausgabe der „Politischen Meinung“, der Monatsschrift der Konrad-Adenauer-Stiftung. Im Mittelpunkt stehen Fragen einer angemessenen Anerkennung der Familienarbeit und die verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Artikel über Familienpolitik im europäischen Ausland und in den USA lenken den Blick über das deutsche Modell hinaus. Außerdem wird gezeigt, inwieweit Fehleinschätzungen der Bedeutung von Familie und Kindererziehung Resultat eines Wertewandels sind. - Eine eigene Rubrik ist dem 11. September gewidmet. Sie thematisiert die veränderte Weltlage und Veränderungen im europäisch-amerikanischen Verhältnis.

UID

Union Betriebs GmbH
Postfach 1190
53348 Rheinbach
PVSt, Deutsche Post AG
Entgelt bezahlt.

Die neue Wandzeitung

Liebe SPD, zieht euch warm an.



Zeit für Taten.

CDU

Das ist die aktuelle Wandzeitung der CDU-Bundesgeschäftsstelle für Ihren Schaukasten oder Infostand. Sie können von allen Kreis-, Stadt- und Ortsverbänden als Jahresabonnement beim UBG-Medienzentrum bestellt werden.